

Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit!

Organ der deutschen Schuhmacher

Erstausgabe jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition der Kreuzzeitung bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Die Expedition des Blattes in Ostpr. Kreuzzeitungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 Pfl. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare 85 Pf. pro Quartal, 10 bis 20 Exemplare 1,20 Pfl. 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in Ostpr. Kreuzzeitungen unter Nr. 6778. — Inserate werden mit 25 Pf. die beigelagerte Zeile für die erste Woche berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei sechsmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 25 Prozent, bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 27.

Ostpr., 1. Juli.

1900

Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1899.

Der vor kurzem erschienene Bericht der badischen Fabrikinspektion steht durchaus auf der Höhe seiner Vorgänger. Er enthält wiederum interessante Mitteilungen und Betrachtungen über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterbewegung überhaupt, über die Durchführung des Arbeiterschutzes, über die Fabrikarbeit verheirateter Arbeiterinnen und endlich wieder lohnstatistische Tabellen betreffend 7 Bijouteriefabriken und 5 Mälereibetriebe.

Einleitend wird im Berichte die in Aussicht stehende Anstellung eines weiblichen Aufsichtsbeamten besprochen und die Heranziehung einer wissenschaftlich gebildeten Persönlichkeit empfohlen.

Ueber den Verkehr mit den Arbeitern wird berichtet, daß er infolge einer kleinen Besserung erfuhr, als in zwei Fällen aus Arbeiterkreisen Anregungen zur Abhaltung von Sprechstunden außerhalb der Hauptstadt Karlsruhe gemacht wurden und der Arbeiterkongressverein Forderungen den Wunsch ausdrückte, daß ein Mitglied der Fabrikinspektion an seiner Generalsammlung teilnehmen möchte. Allen diesen Anregungen ist selbstverständlich entsprochen worden, wodurch der mündliche Verkehr mit den Arbeitern etwas gefördert wurde; außerdem hat auch der schriftliche Verkehr mit denselben eine weitere Steigerung erfahren.

Dem zur Generalsammlung des genannten Arbeiterkongressvereins entsandten Inspektionsbeamten hat es in derselben sehr gut gefallen. Es wurden eine Anzahl Beschwerden und Anliegen vorgebracht, auch Fragen allgemeiner Art wurden in der Versammlung von den Arbeitern angeregt, insbesondere auf die Mängel und die hohen Preise der dortigen Wohnungen hingewiesen. „Außerdem war es erfreulich wahrzunehmen, wie die Angelegenheiten des Vereins in verständlicher, sachlicher und eingehender Weise unter allgemeiner Beteiligung der Mitglieder erörtert wurden. Dem Beamten, der an der Generalsammlung teilgenommen hat, geben die empfangenen Eindrücke zu der Bemerkung Anlaß, daß der so notwendige und nützliche mündliche Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern leichter und besser, als durch die früher in größerem Umfange versuchten Sprechstunden durch öftere Beteiligung an geeigneten Versammlungen von Arbeitervereinen thunlichst jeder Richtung ermöglicht werde. ... In Büttelberg finden seit Jahren wenigstens einmal jährlich Versammlungen der Vertrauensleute der Arbeiter des ganzen Landes mit den Gewerkschaften statt, die zur Verbriefung und zum Nutzen beider Teile zu verlaufen pflegen.“

In den früheren Jahresberichten ist wiederholt darauf hingewiesen worden, wie sehr es der Verkehr mit den Arbeitern erleichtert, wenn dieselben organisiert sind und wenn sie sich der Vorstände ihrer Organisationen bedienen, um wegen ihrer Wünsche und Beschwerden mit der Fabrikinspektion zu verhandeln. Die Vorstände, welche auch thatsächlich diesen Verkehr in der Regel vermitteln, sorgen schon nach Thunlichkeit dafür, daß eine Wahrung der erhobenen Beschwerde stattfindet und daß nur einigermaßen begründete Dinge weiter geleitet werden.

„Ganz vortrefflich bewahren sich aber die Organisationen durch ihre ruhige und dadurch meist erfolgreiche Leitung von Arbeiterbewegungen wegen Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Löhne. Sie haben nach den gemachten Wahrnehmungen ein ziemlich sicheres Gefühl dafür und sie erwerben sich dasselbe immer mehr, welche Forderungen der Arbeiter nach der Lage der Verhältnisse durchführbar sind und voraussichtlich auf die Dauer, namentlich auch in schwierigen Zeiten, festgehalten werden können. Sie verschmähen unter Umständen auch keine Kompromisse mit nur geringen Erfolgen und zeigen sich in kluger Weise allen doch nur auf den Schein berechneten Augenblickserfolgen abgeneigt.“ Bedauernd wird, daß die Organisationen nicht immer den nötigen Einfluß auf die Arbeiter zur Förderung und Durchführung des hygienischen Arbeiterschutzes besitzen.

Der Verkehr mit den Unternehmern und den Berufsgenossenschaften sowie mit den Behörden wird als ein durchaus befriedigender bezeichnet. Bezüglich der Bestrebungen der Berufsgenossenschaften nach Erlangung größeren Einflusses bei der Kontrolle der gewerblichen Anlagen betont der Bericht mit vollem Rechte, daß auch in Bezug auf die Unfallverhütung die staatlichen Auf-

sichtsbeamten wegen Herbeiführung der notwendigen Ausgleiche auch in diesem Teile des Arbeiterschutzes niemals ausgeschaltet werden können. Da ferner auch eine Verminderung der Unfälle nicht nur von der Beschaffenheit der Schutzvorrichtungen und von andern mechanischen Mitteln, sondern namentlich auch von einer größeren Rücksichtnahme des Aufsichtspersonals auf die Arbeiter und der Arbeiter untereinander, also von den Fortschritten der Kultur abhängt, so kommt damit auch ein Gebiet in Betracht, auf welches der Staat durch seine Beamten sich den entscheidenden Einfluß wahren muß. Die bezüglichen Bestrebungen der Berufsgenossenschaften werden also für völlig unbegründet erklärt und es wird ihnen ganz richtig weiter gesagt, daß sie dieselben nur im eigenen Interesse verfolgen, „um ihre Bedeutung mit leblich äußeren Mitteln zu heben.“ Der Vorschlag gibt daher unter verschiedenen Gesichtspunkten zu Bedenken Anlaß. „Dem Wunsche könnte überhaupt wohl dann erst näher getreten werden, wenn innerhalb der Berufsgenossenschaften auch den Arbeitern der entsprechende Einfluß auf die so nahe berührenden Verhältnisse eingeräumt würde.“ Dem können wir nur voll und ganz zustimmen.

Sehr beachtenswert ist die im Jahre der Buchhaltung stattgefundene erhebliche Weiterentwicklung der badischen Industrie. Die Gesamtzahl der unter behördlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Anlagen betrug 7035 mit 195 424 Personen gegen 6771 bzw. 185 978 im Jahre 1898. Diefen großen Wachstum der badischen Industrie entspricht auch die Zunahme der an die Behörden zur Genehmigung gelangten Baugesuche betreffend den An-, Um- oder Neubau von gewerblichen Anlagen auf 713, während sie 1898 nur 663, 1897 578 und 1896 469 betrug.

Die Schuhmacherei erfährt 1899 im Vergleich mit 1898 folgende Entwicklung:

	1899	1898	Zunahme + Abnahme -
Zahl der Fabriken	23	18	+ 5
Gesamtzahl der Arbeiter	1252	1212	+ 40
Davon männliche	990	964	+ 26
" weibliche	262	248	+ 14
" Kinder unter 14 Jahren	2	—	+ 2
" Jugendliche unter 16 J.	68	74	- 6
" Erwachsene v. 16—20 J.	186	180	+ 6
" „ v. 21—50 J.	922	885	+ 37
" „ von über 50 J.	74	73	+ 1
" verh. Arbeiterinnen	98	59	+ 39

Aus dem vorliegenden Berichte ist nicht ersichtlich, ob es sich bei den im Berichtsjahre hinzugekommenen 5 Betrieben um neu errichtete Schuhfabriken handelt, oder um solche, die schon früher bestanden, aber erst im vorliegenden Jahre „entdeckt“ und der Fabrikinspektion unterstellt wurden. Da die Zahl der Arbeiter nur um 40 größer, als sie im Vorjahre war, so entfielen im Durchschnitt auf jeden der 5 Betriebe nur 8 Personen, so daß es sich dabei nur um kleine Unternehmungen handelt. Aber die Zunahme beweist immerhin, daß auch in Baden die Schuhindustrie in steter Fortentwicklung begriffen ist und es daselbst auch eine Reihe größerer Betriebe gibt, indem durchschnittlich auf jede der gezählten 23 Schuhfabriken 54 Arbeiter entfallen. Bemerkenswert ist, daß von den 1252 Personen 330 Kinder, Jugendliche bzw. unter 20 Jahre und über 50 Jahre alte Arbeiter sind, die zum größten Teil für die Organisation außer Betracht bleiben, also nur 922 übrig bleiben, von denen 760 männlichen und 162 weiblichen Geschlechts sind. Man muß diese Umstände stets im Auge behalten bei der Beurteilung des Verhältnisses der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern bzw. zu der Gesamtzahl der in Betracht kommenden Arbeiter.

Beachtung verdient auch die Zunahme der in den badischen Schuhfabriken tätigen verheirateten Frauen von 59 auf 98, also um 39, in einer Zeit der blühendsten wirtschaftlichen Prosperität und der reichlichen Arbeitsgelegenheit. Diese Zunahme, die nur auf die Notlage der verheirateten Arbeiter zurückzuführen ist, zeigt, daß selbst in der besten Zeit der Familienväter nicht genügend verdient, um die Mutter bei den Kindern und im Hause belassen zu können. Das sind aber traurige Zustände.

In der Darstellung der im Berichtsjahre vorgekommenen Lohn- und Streikbewegungen wird auch der Schu-

macher in Mannheim Erwähnung gethan, welche ebenfalls, wie Arbeiter aller andern Berufsarten, eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen versuchten. Sie verlangten einen Minimallohn von 17 Mk. in der Woche, womit sie nur wenig über den ortsüblichen Tagelohn in Mannheim hinausgegangen sind. Sie wollten aber wenigstens erreichen, daß überhaupt ein fester Tarif anerkannt werde. „Bis jetzt sei die Bezahlung für irgend eine Arbeit ganz dem Belieben des Meisters anheimgegeben gewesen. Die Forderung eines Mindestlohnes in Geld wendete sich auch gegen die Gewährung von Kost und Wohnung bei dem Meister, da namentlich in letztern große Mißstände vorhanden seien. Die Bewegung wurde durch Vergleich beendet auf Grund mehrfacher Verhandlungen zwischen den Vertretern der Schuhmachergewerkschaft und der Gehilfen. Man einigte sich auf einen Minimallohn von 16 Mk. in der Woche und 10 Pf. Zuschlag für die Ueberstunden, welcher durchschnittlich das Paar Schuhe um 50 Pf. teurer macht, für die Gehilfen aber eine 25 prozentige Lohnerhöhung bedeutet. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf 11 Stunden festgesetzt. Seither war sie länger. Ueber diese Zeit sollen die Ueberstunden bezahlt werden.“

Bei der Besprechung der Entwicklung der Gewerkschaften empfiehlt der Chefinspektor Dr. Börschöffer die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die für die Gesetzgebung ein sehr schwieriges Problem bieten würde. Die Arbeiter können sich bei der Festsetzung des Begriffs der Arbeitslosigkeit, wird ausgeführt, auch viel freier bewegen, als es die Gesetzgebung thun könnte und sie werden diesen Begriff weiter zu fassen geneigt sein, da sie ihn nur unter dem Gesichtspunkte betrachten werden, daß ein Gewerkschaftsmitglied nicht genötigt sein soll, Arbeit zu suchen als den von der Organisation festgesetzten Bedingungen anzunehmen. Jetzt sind die Arbeiterorganisationen viel zu schwach, um einen solchen Einfluß ausüben zu können. Auf der andern Seite aber bildet die Unterstützung im Fall der Arbeitslosigkeit einen festen Kitt für jede Organisation. Es handelt sich eben darum, mit zäher Ausdauer und Geduld diese allerdings nicht leicht erreichbaren Zwecke zu verfolgen. Diese Auffassung ist ganz richtig und sie stimmt mit der unfrigen überein, die wir seit Jahren verfechten.

Bezüglich des Vollzuges der Arbeiterschutzesvorschriften sagt der Bericht, daß es damit fortwährend besser und zufriedenstellender wird. Dagegen beklagt er sich neuerdings über die lächerlich geringfügigen Geldbußen, die häufig nur wenige Mark betragen und die ganz dazu angethan sind, die Mißachtung der gesetzlichen Arbeiterschutzesbestimmungen geradezu zu fördern und zu prämiieren. Vergehen von Arbeitern werden allerdings auch in Baden strenger bestraft.

Auf die Darstellung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen kommen wir zurück.

Die Beschlüsse der General-Versammlung.

III.

Wir hatten vor kurzem Gelegenheit, das Gespräch zweier organisierter Arbeiter anderer Berufs mit anzuhören; dabei meinte der eine u. a. zu seinem Freunde: „Ich gehöre nun bereits Jahrzehnte meiner Gewerkschaft an und werde es auch für die Zukunft bleiben, aber ich kann Dir offen gestehen, ich habe schon manchmal die Beträge im Linnit bezahlt, denn bisher habe ich noch keine positive Gegenleistung vom Verband erhalten, indem man, abgesehen vom Streik, entweder auf die Weise gehen, umziehen oder gestreikt werden muß, um überhaupt eine Unterstützung zu erhalten, da es in anderen Fällen bei uns Unterstützung nicht gibt, und wie notwendig können doch gerade so viele Verheiratete in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit eine Unterstützung brauchen, aber da gibt es eben leider nicht, und davon kommt es auch, daß viele, sehr viele, denen der Idealismus der Gewerkschaftsbewegung nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, dem Verband bald wieder den Rücken kehren.“

Unwillkürlich dachte ich bei dieser Unterhaltung an unsere Urabstimmung.

„Erfuldigen Sie, Herr Nachbar,“ nahm ich daßer das Wort, „Sie mögen wohl da ganz Recht haben, wenn Sie meinen, die Gewerkschaften sollten die Mitglieder auch in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit unterstützen, Sie vergessen nur dabei, daß die meisten Gewerkschaften das gar nicht können, laufen Sie doch Jahre lang, jahraus mit Sammelbüchern und dem Ringelbeutel herum, um nur die notwendigen Mittel für Streiks und Lohnbewegungen aufzubringen. Reichen doch die von den Mitgliedern geleisteten Beiträge nicht einmal zu diesem Zweck aus, wie sollte es dann möglich sein, noch solche Unterstützungen, und wenn Sie noch so

berichtigt sind, zu leisten?" „Ja, glauben Sie denn nicht," erwidert ich zur Antwort, „dass ich nicht nur meinen bisherigen Beitrag viel lieber, sondern auch einen entsprechenden höheren Beitrag ganz gern zahlen würde, wenn ich dadurch mit dem Anrecht erwürde, in Fällen der Not, wie es krankheit und Arbeitslosigkeit im Leben eines jeden Arbeiters nun einmal sind, von der Organisation Hilfe und Unterstützung zu erhalten? Ich würde das ganz gern leisten und andere auch!"

Wir teilen diese kurze aber inhaltreiche Unterhaltung hier mit, weil Sie das ganze „Für" und „Gegen" auch bei unserer bevorstehenden Urabstimmung treffend wiedergibt. Denn, Kollegen, wie liegen bei uns die Verhältnisse?

Die Mitglieder unseres Vereins gehören teils den Schöpsarbeitern (Handwerk) und teils Fabrikarbeitern (Schuh- und Schäfteindustrie) an. Aus dieser Verschiedenartigkeit der Beschäftigung rühren nun eine Anzahl Gegner der obligatorischen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ihre Gründe geltend zu machen. Ein viel erbotener Einwand ist ganz besonders der, daß gesagt wird, die Schöpsarbeiter könnten nicht allein den notwendig werdenden höheren Beitrag nicht leisten, sie würden ihn auch nicht leisten, weil die in den Fabriken beschäftigten Mitglieder die nun mehr eingehenden Gelder doch vertriehen würden und die Schöpsarbeiter wieder die Benachteiligten wären.

Summirt sie aber darauf hingewiesen, daß der Vorwurf, die Schöpsarbeiter seien in Bezug auf Lohnbewegungen die Benachteiligten, vollständig unrichtig ist, denn gerade den Schöpsarbeitern dürfte in den nächsten Jahren mehr Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage sich bieten, wenn sie die Situation auszunutzen verstehen und an der Stärkung und dem Ausbau der Organisation tatkräftig mitarbeiten. Daß dann die Kollegen im Handwerk aber auch die Mittel des Vereins mehr in Anspruch nehmen werden ist klar.

Daß aber die Schöpsarbeiter auch an den neuen Unterstüßungen ein großes Interesse haben, zeigt nachfolgendes.

Im Fall durch die Urabstimmung die Einführung beschlossen wird, kann innerhalb eines Jahres bis zum 1. April für männliche und bis zum 1. März für weibliche Mitglieder Unterstützung gewährt werden im Fall der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und wenn ein Mitglied auf die Weise geht. Dieser Betrag der Unterstützung beträgt innerhalb eines Jahres 14 Mark, würde die Arbeitslosenunterstützung bei der Urabstimmung angenommen, so wäre die Hilfeunterstützung ebenfalls 40 Mark. Daß es eine Bekämpfung, die zum großen Teil den Schöpsarbeitern zu gute käme, denn sie sind es doch, die noch auf die Hilfe gehen. Die verheirateten Schöpsarbeiter beklagen sich häufig, daß sie eigentlich gar keinen Nutzen von der Organisation hätten, da sie auf die Hilfe nicht mehr gingen. Für diese würde ein Ausgleich nun dadurch geschaffen, daß im Falle der Krankheit bzw. Arbeitslosigkeit eine Unterstützung bis zu 40 Mark gewährt würde. Dadurch hätten dann selbst die selbständigen Kollegen, die weder umziehen noch reisen, in Fällen der Not eine Hilfe, und daß diese Hilfe sehr oft eintreten beweisen die mannigfachen Unterstüßungsgehülde, die infolge Krankheit beim Vorhanden fortlaufend gestellt werden, gegenwärtig aber abgewiesen werden müssen. Schon daraus geht hervor, daß die Schöpsarbeiter alle Ursache haben, bei der Urabstimmung mit ja zu stimmen.

Bei den Kollegen in der Industrie ist die Situation aber keineswegs anders. Die Gründe sind hier auch nicht so hoch, daß sie sich samt und sonders in den Krankenfällen doch bzw. doppelt verdienen können. Im Gegenteil beweisen auch hier die seit Jahren gemachten Erfahrungen, daß bittere Not sofort eintritt, sobald ein Kollege auch nur kurze Zeit krank ist, und daß eine derartige Unterstüßung aber dann auch eine sehr willkommene Hilfe ist, braucht angesichts der traurigen Verhältnisse, unter denen die große Masse der Kollegen in der Fabrik zu leben hat, kaum gesagt werden. Man komme uns nicht mit den unflüchtigen Einwänden, eine Unterstüßung von 40 Mark ist ein Tropfen auf einen heißen Stein, wissen wir doch, wie herzlich froh die bedrängten Kollegen in solchen Fällen sind, wenn sie von der Vereinskasse auch nur 10 Mark erhielten. Selbst es doch fast immer in solchen Stunden: **Der Verein ist unsere einzige Hilfe und wir hoffen, daß er unser Geld mildert.**

Auch in Fällen der Arbeitslosigkeit ist das Geld das gleiche. Infolge ihrer miserablen Bezahlung haben die Schuhfabrikarbeiter schon so wie so für keinen offenen Kredit und kein väterlich barmherziges Wohlwollen Kollegen auch nur ein Dreierpfennig, gelobte noch was anderes. Und das wird keineswegs besser. Die Kollegen mögen nur mit offener Augen betrachten, was aus den Schuhfabrikarbeitern geworden ist, was aus den Verhandlungen der Reichsversicherungs-Gesellschaft der deutschen Schuh- und Schäftefabrikantenverbände die Konsequenzen ziehen und sie werden leicht finden, daß ihnen noch schlechtere Zeiten in Aussicht stehen. Daher haben auch sie alle Ursache, nach so lange es Zeit ist, die Organisation zu unterstützen, daß diese ihnen in jeder Hinsicht hilfreich zur Seite stehen kann.

Der Verein soll in noch höherem Maße wie bisher in allen Lohnkämpfen genötigt und klar dem Unternehmertum entgegen treten können, denn es wird notwendig sein. Der Verein behält auch ferner die bisherigen Unterstüßungen bei, Waise, Witwe, Sterbefälle u. dgl., und stehen die Kollegen auf der Höhe der Zeit und beschließen auch die neue Einrichtung mit großer Majorität, dann marschieren wir nicht nur vorwärts und werden achtunggebend unseren Gegnern gegenüber, sondern wir schaffen mit diesem Ausbau in unserem Verein auch einen großen Sammelpunkt für die gesamte Kollegenchaft, wo die Interessen aller gewahrt und ein jedes Mitglied eine Zukunft in Zeiten schwerer Not findet.

Darum Kollegen alleamt! Auf zur Agitation! Unser Sloganswort sei: **Unseren Gegnern zum Trotz, uns und unserer Familien zum Schutz.**

Der Vorstand.

Aus unserm Beruf.

- **McDorf.** Zugang von Quindern nach hier ist strengstens fernzuhalten.
- **Löhntig.** Zugang nach hier streng fernzuhalten.
- **Adm.** Die lange Dauer unseres Ausstandes mag gewiss manchem fernstehenden bedenklich erscheinen. Auch der Zentralvorstand hatte diese Bedenken und beauftragte deshalb die Agitations-Kommission Verhandlungen mit den Meistern anzubahnen, daß dies aber nach Lage der Sache nicht ratsam war, sollte der Vertreter der Agitations-Kommission, Kollege Schmidt aus Düsseldorf, aus den Verhandlungen der zu einer Welpredung zusammen berufenen Streikenden bald merken, hier wurde mit aller Entschiedenheit die Abminderung der Verhandlungen untererstützt mit den Meistern, nach eingehenden Erwägungen, mit 49 gegen 2 Stimmen verworfen. Man war der Ansicht, daß die von den Meistern zur Machfrage gestempelte Lohnbewegung denselben in empfindlicher Weise sichtbar gemacht werden würde, damit sie durch den Schaden klug werden, um in Zukunft dem Maßstab besser widerstehen zu können. Uebrigens lagen die Verhältnisse derart, daß uns die Meister bald kommen mußten, was auch eingetreten ist, denn am vergangenen Freitag machten uns die Meister den Vorschlag, die Unterabstimmung wieder aufzunehmen, worin wir einwilligten. In die Verhandlungen am Montag, den 25. Juni begannen und falls Annehmbar erachtet wird, wurde der Austausch beendet.
- **Schweiz.** In Bern haben 15 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schäftefabrik von Gebr. Lüthger u. Co. die Arbeit eingestellt, weil die menschenwürdigen Herren die Arbeitszeit am Sonntag von 9 auf 10 Stunden verlängern wollten, während ein früherer Friedabend am Samstag in der ganzen Schweiz üblich ist. Die Streikenden fordern außer der Beibehaltung der

bisherigen Arbeitszeit noch ein tägliches Lohnminimum von 3,50 Fr. für die Arbeiterinnen von 2,50 Fr. für die Bapptierinnen, von 1,50 Fr. für die Zuschußarbeiterinnen im ersten Jahr und von 2,50 Fr. nach dessen Ablauf. Es ist zu bemerken, daß in der genannten Fabrik auch Frauen in der Arbeit zu gewinnen sind, indem eine Spule Seide mit 1,70 bezieht, die in den Händen für 1,50 Fr. zu haben ist, das Duzend Mähndeln zu 1,20 Fr. gegen 1 Fr.

— **In Wina (Rusland-Bolen)** ist Ende Mai ein großer Schuhmacherstreik ausgebrochen, an dem sich erst 1000 und dann weitere 500 Kollegen beteiligten. Ueber die dortigen Schuhmacherverhältnisse folgendes Bericht: „Ein Teil der hiesigen Gesellen arbeitet bei Meistern, welche direkt an die Kunden verkaufen, ein anderer Teil bei solchen, die ihre Waren an Schuhwarenhändler liefern. Für ein Paar Stiefel wird 1 Mr. 8 Pf. Arbeitslohn gezahlt. Die Meister lassen sich ungleich höhere Preise zahlen.“ Nach einem neuem Bericht haben seitdem 500 Arbeiter, nachdem ihnen die verlangte Vohnerhöhung von 20 Pf. pro Paar bewilligt worden, die Arbeit wieder aufgenommen, während 1000, offenbar meistens Fabrik-Schuhmacher weiter streiken. Die größten Unternehmer sind geneigt nachzugeben, dagegen wollen die kleineren von Zugeständnissen nichts wissen. Natürlich wüßte die Polizei und waren bis zum 11. Juni nicht weniger als 72 Personen verhaftet. Ferner sind auch die Unterstüßungsgelder in so geringen Beträgen verfügbar, daß nur tägliche Unterstüßungen von 50 Pf. an Arbeitgeberin und von 30 Pf. an Ledige möglich sind. Gleichzeitig streiten auch in Kowno die Schuhmacher, doch fehlen darüber nähere Nachrichten.

Von dem Verbandstag der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten bringen wir heute nur die uns am meisten interessierende Antwort zum Ausdruck. Diese lautet:

Auf die Zuschrift des Vereins deutscher Schuhmacher vom 31. Mai bezieht die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten folgendes:

1. Die Fourniturefrage ist keine Arbeiterfrage, da die Fournituren mit dem Arbeitslohn nicht zu thun haben. Der Vergütungssatz für Fournituren ist dem Lohn für sich entsprechend dem Aufwand dafür eigens zuzugählen. Wir verweisen auf unsere Breslauer Resolution betreffs dieses und haben dieser nichts hinzuzufügen.
2. Eine Beteiligung der Accordarbeit halten wir für unausführbar und müssen jedoch unser Mitglieder die Freiheit vorbehalten, gleiche bisher entweder in Accords oder Heilhoen arbeiten zu lassen.
3. Der Verband muß es ablehnen mit dem Verein deutscher Schuhmacher über Vorklagen und damit in Vorklag gebrachte Tarifkommissionen und Schiedsgerichte zu unterhandeln, weil der Verband sich grundsätzlich in die allererst beschiedenen Lohnverhältnisse seiner Mitglieder nicht einmischt. Nach wie vor wird der Verband das Bestreben haben, bei Ausbruch von Streitigkeiten, wenn nötig, vermittelnd einzutreten, um einen friedlichen Ausgleich zu ermöglichen. Bei den Tarifverhältnissen war dies nicht angingig, da die dortigen Fabrikanten dem Verband nicht angehören.

— **Die „Soziale Praxis"** erwähnt die Tarifvereinbarungen in der Handbuchbranche und führt daran anknüpfend aus: „Dagegen wird die von der Generalversammlung des Schuhmacherverbandes den Unternehmern angebotene Tarifgemeinschaft vom Organ der letztern, dem „Schuhmarkt", in unverdächtig Weise zurückgewiesen mit dem Bemerkung, daß diese ausgeprochene Sympathie für Tarifgemeinschaften, lediglich einem Agitationsbedürfnis entsprungen sei.“ Das Eintreten für Ordnung und friedliche Zustände im Gewerbe ist allerdings auch Agitation, aber eine solche, die von verlässlichen Leuten nicht bekämpft, sondern befördert werden müßte. In England wissen Arbeitgeber und Arbeiter gerade in der Schuhmacherei den Wert solcher Vereinbarungen zu schätzen. Wie wir schon früher gemeldet haben, ist die nach dem großen Streik in Leicester 1893 abgeschlossene Tarifgemeinschaft vor Ablauf ihrer Gültigkeit erneuert worden.“ — Der Redaktions des „Schuhmarkt" und dem Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten und dessen Handlungern möge diese schallende Drohung eines nichtsozialdemokratischen Blattes recht wohl bekommen.

— **Das „Westfälische Tageblatt"** berichtet, daß der Aufschwung in der Schuhindustrie in Westfalen ein ganz ausnahmewerter ist. Trotz der vielen neuen Fabriken, welche in letzter Zeit entstanden sind, herrscht in allen Betrieben ein steter Geschäftsgang; ja die meisten Fabriken konnten alle eingehenden Aufträge nicht zur Befriedigung bringen und es sind von verschiedenen Fabrikanten Ordres abgewiesen worden. Kürzlich berieten wir kürzlich, daß einige Fabriken ihren Betrieb zu vergrößern beschließen. Wie uns mitgeteilt wird, geht es diesen auch in der Fabrik von Hermann Walbaum in deren Betrieb schon das ganze Jahr mit besonderem Hochdruck gearbeitet wurde. Nur der Arbeitermangel vor Pfingsten war schuld daran, daß der Betrieb nicht schon vergrößert wurde. Es sollen jetzt noch 50 Arbeiter und Arbeiterinnen in jenem Betriebe Beschäftigung finden.

— **Die Hildesheimer Schuhmacher-Zwangsgewinnung** hat sich trotz eifriger Abtraten der Behörden aufgelöst.

Gegen die Anstellung des vierten Beamten im Zentralvorstand

ist von Seiten einzelner Kollegen in „Schadhaft" in einer Weise Peter und Morbio gestrichen worden, woraus gerade nicht ersichtlich ist, daß diese Kritiker wirklich so ernstlich das Wohl des Vereins im Auge haben, eher ist das Gegenteil der Fall, denn die Ausstellungen der Kollegen Schmidt-Rosell und Vinpoo-Geßlingen sind nicht geeignet Propaganda für den Verein unter der großen Zahl berufenen zu machen, welche noch für unsere Sache gewonnen werden müssen. Ich hebe besonders in betreff der Gehaltsaufbesserung auf dem Standpunkte, daß wir den Leuten, welche für uns geistig und physisch arbeiten und nicht selten ihre Gesundheit durch Gefährdung ihres Spiel sehen, eine Vergütung zu teil werden lassen, die sie wenigstens vor den äußersten Erfordernissen schützt. Humanität und Solidarität sind solche Worte, die in Versammlungen mit begeisterten Empfinden gebraucht werden, wir müssen aber in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse zugeben, daß es oft nur Phrasen sind.

Ich vernehne hierbei keineswegs, daß die Zahl der Kollegen und Genossen groß ist, welche überzogen und durchdrungen sind von dem wahren Geist unserer Ideale. Die benannten Kritiker sind aber und jene, die in das selbe Horn blasen, sind nicht imstande dieses Idealen Geltung zu verschaffen.

Auch über das Gehalt des Genossen Niedmeyer wurde letzterzeit viel Gerede geschlagen, obgleich derselbe lange nicht das erhält, was eine gleiche Kraft in bürgerlicher Stellung bekommen würde. Der Kollege Röll, welcher auch schon einmal ein Posten im Vorstande angezogen wurde, erklärte auf der Generalversammlung in Mainz in einer Eingangsrede: „Ich habe jetzt gute Bezahlung und anständige Behandlung, was heisst die Arbeiter ihren Angestellten nicht bieten?" (Wortlaut S. 45.) Auch Kollege Haupt-Magerberg, welcher gegenwärtig Sekretär an der „Vollstimm" in Magdeburg ist, sagte in einer Versammlung d. l. c.: „Es ist ein bitteres Wort, das man als Angestellter der Arbeiter hören muß" und diese Worte sind nach dem gemachten Erfahrungen nur zu wahr.

Auf die Diätenaufbesserung will ich nicht weiter eingehen, nur wünsche ich, daß die Kollegen, welche sich dagegen zu entscheiden, nicht als Delegierte gewählt und wenn möglich auf Agitation geschickt werden, danach rate ich denselben, ihren Antrag anzunehmen und das Geld zu zahlen, das noch von den Diäten übrig geblieben sein soll, ich bin überzeugt, daß dann die guten Kollegen kurieren sein werden.

Wenn nun nicht viele Vorteile auf der Generalversammlung erzielt werden könnten, so liegt dies eben an der Schwäche unserer Organisation. Haben wir unsere Organisation erst so weit gebracht, daß sie sich selbst zu erhalten vermag, dann wird auch für alle Kollegen etwas Ersprießliches geschaffen werden können. Von unserer Schwäche und dem niedrigen Beträge, die Gehälter der Beamten ableiten zu wollen, wäre eine Tat, die wir entrüstet zurückweisen, falls die Fabrikanten eine solche unternehmen, um auf Kosten der Arbeitkräfte zu konkurrieren.

Kollegen, betrachtet man uns einmal die Angelegenheit nach der Erklärung des Kollegen Sieber. Ist es nicht fehrtraug, wenn man sehen muß, wie Arbeiter gegen ihren Arbeiter handeln, obgleich letzterer ein Menschenalter in megenährlicher und freudiger Weise seine Kraft und Gesundheit im Interesse aller aufgebracht hat. Wer will es noch gegenüber solchen Maschinenmenschen wagen, die Unternehmer der Brutalität zu sein; wer will unter solchen Umständen die Unternehmer anklagen, wenn sie Arbeiter, die von ihnen 20 bis 30 Jahre ausgebeutet wurden, auf Pfahle werfen. Die Kollegen werden gut daran thun, den bescheidenen Weisheitsaposteln den Standpunkt in den Versammlungen klar zu machen, es darf auf alle Fälle nicht geduldet werden, daß diese Ministerarbeit zum Schaden unseres Vereins und der gesamten Kollegenchaft weiter getrieben wird. Ich schliesse mit den von Kollegen Knauff in seiner nughringenden Broschüre zitierten Worten: „Fleißiger Arbeit gebührt Achtung und gerechter Lohn!"

Burg 5. M. M a r a s a f u b e

Mit diesem Artikel schliesse ich die leidige Diskussion über diesen Punkt, da wir der Meinung sind, daß bei der weiteren Ausdehnung derselben nichts Ersprießliches herabkommt.

D. Red.

Soziale Grundlagen.

Ein **berühmtes schweizeres Merkmal** hat der Sozialist **Dr. Schmid** in seinem **„Sozialen Grundriss"** durch die Abstammung wurde mit 34919 gegen 7424 Stimmen dem Beschluß des Verbandstages, wonach der Verbandbeitrag für männliche Mitglieder vom 1. Juli d. J. ab auf 25 Pf. pro Woche erhöht wurde, Sanktion erteilt. Diese Thatsache zeigt von **mehr Einficht und Kenntnis gewerkschaftlicher Aufgaben, als die in unserem Verein gegen die Generalversammlung und den Verband getriebene Agitation**. Mit Stolz rüft die Redaktion der **„Sozialen Grundriss"** aus: „Der deutsche Arbeiterverband, der schon immer auf eigenen Füßen stand und nicht wie viele andere den Beistand schmeißt, wenn Streiks geführt werden sollen, hat bis heute seine Selbständigkeit gewahrt und sich nicht auf die Hilfe anderer Gewerkschaften verlassen. Diesem Grundsatze ist er bis zur Stunde treu geblieben und hat lieber gehemmt, wenn er einseitig, daß ein zu schnelles Tempo im Vorgehen seiner Selbständigkeit schaden könnte.“ Diese selbstbewußten Worte sollten sich die Gewerkschaften und **insbesondere die Sozialdemokraten** recht tief einprägen. Als das **„Sozialen Grundriss"** in den letzten Jahren, wie gewöhnlich der Verband auch noch sehr einmal ist, sich **potenziell sehr eifrig und zwar in bescheidenem Maße** beteiligten. **Wann werden sich die Sozialdemokraten aufschwingen, durch Unvollständigkeit der Gewerkschaftsaufgaben und leistungsfähig zu gestalten? Die nächste Urabstimmung wird wieder ein Beweis sein.**

— **Schlechte Wege zur Justizhausreform.** Die verschiedenen Versuche, durch die Unterstützung der einzelnen Angelegenheiten die vom Reichstag verworfene Justizhausvorlage einzuführen, haben die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, darüber die Reichsregierung zu interpellieren, um dabei festzustellen, daß diese Politik im ärgsten Abstrich zur Reichsversammlung führt. Genosse Strohger begründete in einer zweifelhafte inhaltreichen Rede die Interpellation, in der er die Verfassungswidrigkeit der anhaltenden und reichlichen Kontraktverträge gegen die ländlichen, sowie der überhöhten Strafprozessordnung gegen die gewerblichen und industriellen Arbeiter darlegte und an dieser reaktionären und arbeiterfeindlichen Politik **„scharfe Kritik"** übte. Er schloß mit der Bitte an den Reichstag, möglichst **frumm** vorzugehen, zum Zeichen, daß er energisch sein kann, wenn es sich darum handelt, die Einheit des Reichs und die Rechte der Arbeiter selbst zu wahren. Recht und Gerechtigkeit müssen wir nicht nur für die Weichen, sondern auch für die Keimlinge und Unterdrückten im Reich verlangen. Der Staatssekretär Niederberg verbeistete in einer sehr gewundenen Rede die Reaktion der Einzelstaaten, während der Nationalliberalen Baffermann, der Zentrumsgewählte Spahn, der Freisinnige Wilschke sich durchaus der Auffassung Stadthagens anschließen, daß diese Gelegete nach der Reichsversammlung unzulässig sei und das Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig illusorisch mache. Der Genosse **Wandert** machte noch die Mitteilung, daß die Einzelstaaten mit einander **Abkommen** getroffen haben, Erfolg für die abgelehnte Justizhausvorlage zu schaffen. **Gesellschaft** bewirken die Verhandlungen des Reichstages, daß dieser Reaktion ein Ende gemacht wird.

— **Begintt die Krise?** An der Berliner Börse erhöhen zahlreiche Industriepapiere einen zum Teil erheblichen Anstieg, der als erstes Anzeichen der beginnenden Krise beurteilt wird. Daran beteiligt sind hauptsächlich die Papiere der Eisen- und Kohlenindustrie, der Bergwerke, Maschinenfabriken, Schiffswerften, Elektrizitätsgesellschaften, Schmelze der chemischen Industrie, der Industrie der Erden und Steine, der Textil- und Brauindustrie. Als nächste Ursachen dieses Anstieges werden die anhaltend ungünstigen Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt, die niedrigen Preise bei Substitution von Altimaterial, schlechte Ernteausichten, die neue Erbsteuerung und endlich die chinesischen Wirren bezeichnet. Es bleibt abzuwarten, ob es sich um vorübergehende Erscheinungen — über die Erntemessungen läßt sich nach allen bezüglichen Berichten noch kein festes Urteil bilden — oder um den wirklichen Anfang der wirtschaftlichen Krise handelt. — Auf dem Arbeitsmarkt war die Situation im Monat Mai dieselbe wie im vorigen Jahre, indem auf 100 offene Stellen 101,3 Arbeitsuchende kamen gegen 101,2 im Mai 1899, ein durchaus günstiges Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Allerdings ist gegenüber dem Monat April eine kleine unangenehme Verschiebung zu verzeichnen, da derselbe nur 96,7 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen zeigte.

— **Die händlichen Arbeiter in Münden** haben durch die Einführung einer neuen Arbeitsordnung die 9/11stündige Arbeitszeit während des Sommers, die 8stündige während des Winters, die händlichen Arbeiter einen Stundenlohn von 53 Pf., die Geheilen von 43 Pf., die Tagelöhner von 32 Pf., die Frauen von 24 Pf. und im Winter je 2 Pf. mehr erhalten. Ueberstunden erhalten 25 bis 50 Prozent Lohnerhöhung. Von drei zu drei Jahren werden Vohnerhöhungen gemäß bis zum Maximum von 10 Pf. pro Stunde nach 15 Jahren. Wochenfesttage und militärische Kontrolltage werden halb bezahlt u. s. w. Erhebliche Verbesserungen ohne Streit.

— **Die Berliner Straßenbahn-Millionäre** haben, was bei den Kapitalisten den Arbeitern gegenüber nicht mehr neu ist, ihr Wort gebrochen, indem sie sich an die getroffenen Vereinbarungen nicht halten und mit Wertschwankungen vorgehen. Ein neuer Streit der Angefallenen ist daher nicht ungemächlich. — Auch in Hannover, Braunshweig, Hildesheim, Danzig, Königsberg, Köln und Posen kam es zu Streiks der Straßenbahnen, wobei in Hannover die Polizei mit der gewöhnlichen Brutalität vorging und blutige Straßenkämpfe verurteilte. In Halle a. S. (Siedler, Köln und Leipzig) wurden Angehörige an die Angefallenen gemacht, ebenso von der Siemens und Halske'schen Straßenbahn in Berlin. Die **„Formen"** deren Verband nun 11000 Mitglieder zählt, haben die obligatorische Arbeitslosenunterstützung einführen beschlossen. Die tägliche Unterstüßung beträgt 1 Mr., die gesamte,

hinter einander zu bestehende Unterführung 40 Mk. Streiks werden nur anerkannt, wenn von 1/2 der Mitglieder des betr. Ortes beschlossen, Streikunterführung wird nur Mitgliedern gewährt, die 52 Wochen (bisher 20) dem Verbands angehören.

Mitteilungen.

Haus. Es werden immer Arbeiter von der Firma J. D. u. S. in Haus beschaffen gesucht und nachdem wir nun circa 18 Mann hier sind, vorunter sich auch zwei Meister befinden, begreifen wir, warum die Besuche kein Ende nehmen, denn wir sind schon reingefallen. Die Verhältnisse am Orte sind bezüglich, daß sich ein zugewandter Kollege auf die Dauer nicht halten kann. Es sind auch nach 14 Tagen bereits fast sämtliche Kollegen wieder abgewickelt, so daß nur noch vier Mann dort arbeiten, welche Haus und seine kleinen Einrichtungen auch bald verlassen werden. Auf welcher Bildungsstufe die Herren Fabrikarbeiter stehen, beweisen die folgenden Ausdrücke, mit welchen die Arbeiter tituliert werden. Die Arbeitzeit währt von morgens 6 bis mittags 12 Uhr und von mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr mit einer Viertelstunde Pausenpause. Lohngohaltung alle 14 Tage. Kollegen, laßt euch nicht durch allerlei reizende Versprechungen dorthin locken. Auch die Kost- und Wohnungsberechnung liegen dort sehr im argen.

Ufenburg. Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte am 11. Juni im „Gasthof zum schwarzen Adler“. Zuerst erfolgte die Aufnahme neuer Mitglieder und kam dann die Anstellung eines vieren Beamten im Zentralvorstande zur Sprache, die Versammlung stimmte den Ausführungen des Kollegen Binjon im „Fachblatt“ zu. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß unsere Mitgliederversammlung jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats in dem oben genannten Lokal stattfindet.

Wormfeld. Am 28. Mai fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege König Bericht über den Verlauf der Generalversammlung erstattete. Wie in der meisten Zahlstellen, so nahm auch bei uns die Gehaltsfrage der Hauptverwaltungsbeamten den breitesten Raum in der Debatte ein. Von einzelnen Beamten wurde besonders auf die Erhöhung der Gehälter gegen früher hingewiesen. Vom Referenten und anderen wurde dagegen hervorgehoben, daß die Bedürfnislosigkeit eines Einzelnen bei Regulierung der Gehaltsfrage auf die Dauer nicht bestimmend sein kann, da dadurch ein Hemmnis geschaffen werde und sich intelligentere Kollegen bei der Wahl der Hauptverwaltung dem Verbands nicht zur Verfügung stellen und so unserer Organisation mehr geschadet als genützt würde. Ein inzwischen eingegangener Protestantrag wurde abgelehnt, dagegen der Antrag: „Die Versammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Delegierten einverstanden“, angenommen. Dann machte der Vorsitzende Kollege Kämpf bekannt, daß sich der Vorstand begnügen würde, über einen hier hochzuhaltenen Schuhmachereifer folgenden Einspruch im Hamburger „Echo“ zu veröffentlichen: Wiederholt lesen wir in der Arbeiterpresse, daß der Schuhmachereifer hoch, Samstagsruhe 25, zehn Arbeiter sucht. Wir wissen nun ja, daß den meisten Kollegen dieser Minderarbeitgeber bekannt ist und daß er die schlechtesten Löhne bezahlt, deshalb wollen wir an dieser Stelle nicht verheimlichen, den auswärtigen Kollegen diesen betreffenden Arbeitgeber bekannt zu machen. Derselbe bezahlt nicht einmal den 1890er Tarif, viel weniger denjenigen von 1899. Wir sind nun hier am Orte keine Gelder mehr bekommen kann, so läßt er sich welche aus den kleinen Profiten verdienen, denn er weiß eben, daß dieselben von den hiesigen Verhältnissen noch keine Wirkung haben. In einem Keller, den man als menschliche Wohnung nicht bezeichnen kann, müssen sie schlafen und an der Eingangstüre des Keller ein Blat angehängt, worauf die schönsten Worte zu lesen sind: Verbotener Eingang.

Fürstentum. In ihrer letzten Generalversammlung beschloß die hiesige Schuhmacher-Vereinigung eine Erhöhung der Schuhverleiher um 10 bis 15 Prozent eintreten zu lassen. Ein in der Versammlung anwesendes Mitglied des Gesellschafterkreises glaubte nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, eine Aufbesserung der Arbeitslöhne beantragen zu können. Mit seinem diesbezüglichen Antrag kam er aber schon an, er wurde einfach auf Beschluß der Versammlung rausgewiesen. Nach seinem Antrag sollte aber auch eine „reife“ Lohnaufbesserung stattfinden, nämlich von ganz drei Pfennigen pro Paar, und deshalb die Entzifferung der Zimmingsfelder. Die Stellungnahme derselben in dieser Sache wundert uns absolut nicht, wir haben von ihnen nichts anderes erwartet. Die Thatsache verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß nämlich ein Teil der Zimmingsmitglieder selbst für größere Geschäfte außer dem Hause arbeitet; demnach sparten sie ihrer selbst und wissen nicht wie. Wenn wir beschäfft wären, würden wir uns übrigens über den Meinfall des Antragstellers freuen, denn dieser Kollege ist der Gründer unrer Zahlstelle. Heute steht er uns aber fern, er scheint seine ehemalige Tätigkeit für unsern Verein für eine Augenblende zu betrachten. Durch sein Erlebnis ist er und mit ihm verschiedene andere ehemalige Mitglieder nunmehr hoffentlich wieder zu der Einheit gekommen, daß Vorkorderungen erfolgreich nur durch unsere Organisation durchzuführen sind. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, Mitglied derselben zu werden und aber auch zu bleiben. — Von Seiten des Vereins mußte der schwachen Organisation wegen von einem gleichzeitigen Vorgehen gegen alle Arbeitgeber um Vorkorderung Abstand genommen werden. Beschlossen wurde jedoch, eine solche bei den Arbeitgebern zu beantragen, wo die Vereinsmitglieder von der Gehaltsfrage der Beschäftigten die Mehrheit bilden. Beim Arbeitermeister wurde der Antrag gemacht, und zwar wurden die Kollegen um eine Aufbesserung des Arbeitslohnes von 5 Pf. pro Paar vorkünftig Herr Meister, daß zwar zu, daß der Rest der Schuhmachergesellen gegen Arbeiter anderer Betriebe sehr gering sei, auch müßte gegen daß er z. B. wirklich fünf Arbeiter hätte, auf die es solle gegeben, daß es nicht einen von ihnen würde er gerne verlieren, falls es zur Arbeitsüberlegung kommen sollte, aber diese Vorkorderung könne er nicht bewilligen, da er nicht einsehe, warum er allein von allen Arbeitgebern mehr Lohn wie diese bezahlen solle. Na, sein Stolz ist nun dahin, von dem Lob allein kann niemand leben, demzufolge legen sämtliche dort Kollegen die Arbeit nieder. Von ihnen ist einer abgewickelt, während die übrigen anderweitig am Orte Arbeit erhalten haben. Einen Erfolg hatte diese Vorkorderung für uns also nicht, wohl aber für Herrn Meister, derselbe muß nämlich jetzt selbst noch länger, was ihm bei der jetzigen betriebe tropfen die ja nicht gerade besonders gefallend dürfte. Unserm Vorgehen hatte sich ein Herr Meister beschäftigter unorganisirter Kollege namens Herrmann trotz Aufforderung unseerseits nicht angegeschlossen mit der Begründung, er sei zufrieden mit seinem Lohn. Wenn dieser Kollege jedoch instände wäre, durch seiner Hände Arbeit den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen, warum betreibt seine Frau da wohl ein Vermittlungs-geschäft? Wir werden die Firma Meister und Herrmann im Auge behalten und wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die beiden später noch oft als Vorwand dienen unseers Verbands verschärfen werden.

Hilt bei Hirmans. Am Sonntag, den 10. Juni, fand in unserem Raum 400 Einwohner zählenden Dörfchen, einem Eldorado der Hausindustrie, die erste öffentliche Schuhmacherverammlung statt. Derselbe war von 125 Personen besucht. Kollege Hiltmann-Hirmans hielt einen 1 1/2 stündigen Vortrag über „Bund und Nutzen des Vereins deutscher Schuhmacher“. In breiter und klarer Weise sprach er die Umwälzung in der Produktionsweise der Schuhindustrie, den Entwicklungsgang der Hausindustrie von Anfang der 70er Jahre und hob dabei in passenden Worten die Vorteile der Organisation hervor. Ferner erörterte für seine Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion forderte Kollege Schmidt-Hirmans die Versammelten auf, sich Mann für Mann

dem Verein anzuschließen, was auch in reichem Maße geschah. Kollege Adam Wüller in Hilt wurde als Vertrauensmann ernannt und mögen sich die Kollegen, welche noch dem Verein beitreten wollen, an denselben wenden. Wir legen die Hoffnung, in nicht allzulanger Zeit in der Reihe der Zahlstellen zu stehen, welche den andern mit gutem Beispiel vorangehen.

Hilt. Der Meister Friedensengel. Wir hatten in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit, festzustellen, daß von Seiten der christlichen Führer versucht wird, bei Ausländern, deren günstiger Ausgang nicht zweifelhaft ist, sich der Unternehmern als Vermittler anzubieten, und dann nachher auszufallen; sehr, was wir für Keils, was wir nicht nicht nur verhindern, sondern wissen auch die Arbeitgeber zu jugendlichen zu bewegen. So hat sich in recht aufbringlicher Weise beim Formschneider Herr Kaplan Sträter betragen, die Ausländer haben ihn zwar abfallen lassen, was aber die ultramontanen Organe nicht hinderte, ihn als denjenigen zu preisen, dem die Ausländer das glückliche Ergebnis zu danken hätten. In gleicher Weise verfuhr sich Herr Marrer Driesen im Schuhmachereifer aufzuführen. Er hat bei der Lohnkommission der Gehältern ein Schreiben gerichtet, worin er den Verband „Arbeiterclub“, dessen Vorsitzender Herr Driesen ist, als Vermittlungsbehörde vorschlug. Darauf ist ihm seitens der Lohnkommission die Antwort zugegangen, daß das Anerbieten abgelehnt sei. In der Antwort wird darauf hingewiesen, daß von den über 200 am Auslande Beteiligten nur 20 und nachdem hiervon 4 abfielen, nur 16 dem Verbandsverein christlicher Schuhmacher angehören, daß die übrigen Mitglieder des genannten Vereins sich nicht am Auslande beteiligten und es dem ausgeschlagene Teil der Ausländer, der der freien Gewerkschaft angehört, nicht zuzumuten sei, sich dem Schiedspruch einer Korporation zu unterwerfen, deren Mitglieder einen verschwindend geringen Anteil am Auslande haben. — So ist es recht. Dieser Sorte von Leuten muß klar gemacht werden, daß die Arbeiter, die selbständig genug sind, um die Verantwortung für einen Auslande zu tragen, auch wissen, wann und wie er benötigt werden soll und wie sie in Bedürfnisfall mit der Vermittlung betrauen wollen. Jedem Kenner der Verhältnisse muß aber Herr Marrer Driesen als Vermittler zu ungeeignet wie möglich erscheinen; der Mann ist alles, nur nicht als Mann des Friedens bekannt; seine ganze agitatorische Tätigkeit, die Art seines Auftretens und seine Kampfmotive zielen auf Streit und Verberbung hin, so daß die Arbeiter mit Recht denken, daß es ihm nicht um den Frieden, sondern nur darum zu thun ist, für seine Sache auf billige Weise Hellung zu machen. Wenn Herr Driesen den Beruf als Friedensstifter in sich fühlt, dann möge er vor allen Dingen in seiner Gemeinde verfähren werden, dann möge er zunächst einmal dort die Gemüter beruhigen, die er durch seine Gehärdet in Aufruhr gebracht hat. Die Arbeiter bedanken sich für den Meister Friedensengel!

Welsen. In einer öffentlichen Schuhmacherverammlung, welche am Montag, den 18. Juni stattfand, wurden die folgenden Tagesordnungsgegenstände verhandelt: 1. Wahl eines Delegierten zum Schuhmachereifer. 2. Vereinsangelegenheiten des Vereins deutscher Schuhmacher. Als Delegierte wurden Kollege Wessel gewählt. Beim zweiten Punkte tadelten die Kollegen die unzulässige Kritik gegen die Generalversammlung. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde auch das finanzielle Verhalten der Schöpferkriter kritisiert, die den erregenden Lohnstarif nicht verhindern zur Geltung zu bringen. Weiter wurde beschlossen am Sonntag, den 15. Juli eine Partie per Schiff nach Niederwartha, Euphrat Gohis, zu machen. Mit dem Wunsch, die Kollegen möchten sich recht zahlreich beteiligen, schloß die Versammlung.

Redorf. Am 12. d. M. wurde von uns eine Versammlung mit der Tagesordnung einberufen: 1) Journaltage, 2) Verschiedenes. Zum 1. Punkt wurde die Lage der hiesigen Schuhmacher geschilfert und die Versammlung einigt sich dahin, die Freigabe der Journaltage sowie eine kleine Erhöhung der Widerstands- und Auszubehälter zu gefordert zu werden. Dies wurde dem Fabrikanten hinterbracht und erfolgte am Sonnabend darauf die Kündigung von zwei Widern mit der Motivierung, er könne solche Widern in seiner Fabrik nicht dulden, wenn die Arbeiter unzufrieden wären sollten sie sich an ihn wenden. Nun wurde der Arbeiterausdruck bezugs Wiedereinstellung der Gemäßigten vorkellert, erfolgte jedoch kein Resultat. Derselben Erfolg hatte auch Kollege Nummerow von der Agitationskommission. Der Fabrikant teilte den Vermittlern als Mitrat noch mit, daß er von Seiten der Entlassenen privatim beileidigt worden wäre; auch wäre der Fall für ihn bereits zu einer Maßnahme geworden, denn gebe er jetzt nach, so würden seine Arbeiter bald zu große Ansprüche an ihn stellen. Trotzdem Kollege Nummerow mehrmals darauf hat, die Art der Kündelung und die Namen der Zwischenträger zu nennen, ließ sich Herr Hovwedder nicht darauf ein. Die beiden Kollegen erklärten dagegen in der folgenden Versammlung bestimmt, Herr Hovwedder nicht verleumdet zu haben. Die Versammlung erklärte nun die beiden Widern in geheimer Abstimmung für gemäßigert. Kollege Nummerow hat dieselben, von einer Wiedereinstellung abzusehen, welchem Vorschlag die beiden Kollegen auch zustimmten.

Neumünster. In Nr. 22 des Fachblattes verfuhr der Vorstand sowohl bei der Kollege Schaumburg auf unsere in Nr. 20 erhobene Anfrage zu erwidern. Der Vorstand, anstatt auf den Kern der Sache einzugehen, legt sich auf althergebrachte Schimlereien. Obgleich doch unsere Anfrage darin, daß uns der Vorstand keiner Antwort gewürdigt hätte, auch in dessen Zone abgefaßte Briefe keinen fruchtbar nicht. Hinzufügt wird behauptet, daß eine menschliche Worten Unklarheit dazu gehören, daß eine menschliche Worten Unklarheit, in der ganz andere Verhältnisse bestehen. Woher hat denn der Vorstand diese Wahrheit? Uns ist bekannt, daß nicht bekannt, es ist einem jeden Meister ein geordneter Tarif zugeföhrt worden, das weiß auch der Kollege Schaumburg, sprach sich derselbe bei seinem Herjehen doch dahin aus, daß wir uns damit zu viel Arbeit machen. Auch hatten die Meister Zeit genug, den Tarif durchzugehen, denn bereits am 12. Februar ist der Jnning der Tarif eingegangen und am 28. März, am Tage der Kündigung, sämtlichen Arbeitgebern. Weil sich die Jnning resp. deren Vorstand bedenklich stellen, glauben wir jeden einzelnen zum Verhandeln zu veranlassen. Ferner sind die Meister zu unseren Versammlungen zweimal schriftlich und einmal mündlich eingeladen worden. Unseren Abgesandten wurde dagegen zu den Meisterversammlungen die Thür gewiesen, trotzdem ja der ganze Gesellschafts-ausdruck geselhaft das Recht hat, diesen Versammlungen mit beizuwohnen; selbstverständlich ist hiergegen Beschwerde erhoben worden. Wenn ein Kollege seinem Arbeitgeber gegenüber, dem unter Tarif zu niedrig war, äußerte, er könne ja den Meiler Tarif unterschreiben, so kam dieser Vorgang gewiß nicht ernst genommen und am allerwenigsten der Gehaltsfrage in die Schale geschoben werden. Ferner soll sich das Streikkomitee nicht um die konstanten Bestimmungen geachtet haben, sondern einfach 12 und 14 M. Streikunterführung gesetzt haben. Es ist doch gewiß nicht zu viel, wenn man denselben Kollegen, denen man es zur Pflicht macht, den Ort nicht zu verlassen, sondern von früh morgens bis spät abends auf dem Posten zu sein, die erste Woche 10 M. und nachdem 12 M. ausbezahlt; 14 M. hat nur ein verpörrterter Kollege bekommen. Auch mußte das Komitee mindestens 7 Personen stark sein, sollten nicht schon in den ersten Tagen sämtliche Blöße von Arbeitswilligen befeht sein. Hierbei fällt doch die geographische Lage von Neumünster ins Gewicht. Hatte doch das Komitee mindestens 6 Hauptstellen und einen Bahnhof, wo täglich nicht weniger als 45 Rüge einlaufen, zu besetzen; ferner müßten drei Verzeihen mehrere Mal täglich revidiert werden. Der bewundernswürdigen Tätigkeit des Komitees haben wir es zu verdanken, daß von den täglich bis fünfzig Zugereisten keiner in Arbeit getreten ist. Wie man trotzdem den Kollegen, die täglich auf der Straße sind, in den Wirtschaften liegen und 9-10 M. wöchentlich bezogen zahlen müssen, bei einer Einnahme bis zu 12 M. wöchentlich den Vorwurf zu machen pflegt, sie wären lieber im Streit ge-

blieben, ist ein Räsel, welches wohl nur der Vorstand lösen kann. Wenn der Kollege Schaumburg eine derbe Wahrheit als Beleidigung auffaßt, so ist das seine Sache. Ein Mittel darüber zu fallen, ob ich als Kollege, der nebenbei bemerkt, direkt am Streik nicht beteiligt war und in einer Stadt, in welcher bei der letzten Reichstagswahl 3300 Stimmen auf den Arbeiterkandidaten vereinigt wurden, die Arbeiten als Vertrauensmann zu erledigen hat, auch in der Streikbewegung meine Schuldigkeit getan habe, das, Kollege Schaumburg, überlassen Sie getroff den Kollegen am Ort. M. F. r. h. m.

Weimar. Die hiesigen Kollegen haben in betreff der Kritik zur Generalversammlung ihr Gesamturteil dahin ab, daß es ein allem Selbstvertrauen wohlwollender Standes sei, wie von gewisser Seite an den Beschläffen der Generalversammlung Kritik geübt wird. Wohin soll es noch führen, wenn die Geze in dieser Weise fortbauert? Der Verein profitiert davon auf alle Fälle nicht. — Die hiesige Zahlstelle ersucht hiermit um Zuführung von Lohnstarifen für Schöpferkriter aus Städten bis zu 35 000 Einwohner an den Untereinander, da die Kollegen Weimars ihre traurige Lage aufzubessern gedenken.

Paul Riemer, bei Herrn Weiß, Weimar, Krühl 16, pt. **Wisnar.** Im folgenden geben wir einen kurzen Ueberblick über die hiesigen Verhältnisse: Unsere Zahlstelle hatte früher eine schöne Anzahl Mitglieder aufzuweisen, aber die meisten Kollegen hielten es nicht für nötig, nachdem sie in den Gehältern getreten waren und dann eine sogenannte „selbständige Schuhmacherei“ betrieben, dem Verein deutscher Schuhmacher treu zu bleiben und wurden Jnningameister, glaubend nun alles erreicht zu haben was ihnen nur that. Die Aukrebe, sie müßten Mühsal auf ihre feine Kundtschaft nehmen, ist nicht richtig, denn selbstbewerterweise wird diese feine Kundchaft immer weniger und mit der Selbstständigkeit vieler ist es bald wieder aus. Dann arbeiten sie wieder als Gehilfen oder als Arbeiter in irgend einer Fabrik und sollte man nun annehmen, daß selbige zur Einsicht kommen und sich mit ihren Kollegen vereinigen, aber weit gefehlt, sie verbarren trotzdem in ihrer traurigen Lage. Wenn man die Lage der Schuhmacher, der Gehilfen hier am Orte betrachtet, so muß sich jeder Kollege, der einigermaßen über unsere Verhältnisse informiert ist, sagen, daß hier noch größere Aufstände bestehen. Die Kost- und Logisverhältnisse bei den Meistern sparten oft jeder Bekleidung, in einer Kammer, die für drei höchstens vier Mann Raum gewährt, wohnen und schlafen acht bis neun Kollegen; die Betten liegen übereinander, ein Fensterchen, so groß, daß man kaum mit dem Kopf hindurch kann, soll Licht und Luft dem Raum zuführen. Kollegen, braucht nicht immer wieder die alte Mediansari, wenn erst alle dem Verein angehören, werde ich auch kommen“. Ja, wenn ihr so lange warten wollt, dann wird nie die Zeit kommen, wo wir zur Verbesserung unrer Lage streiten können. Mein Kollege, ein Stein auf dem andern gibt eine undurchbringliche Mauer, ihr alle müßt laun und londers in die Organisation, um Schüler an Schüler für die Besserung unseers Verhältnisse einzutreten. Nur Einigkeit kann uns zum Ziele führen.

Witten a. N. Es war am 8. Januar, als wir hier eine öffentliche Versammlung anberaumt hatten, in der Kollege Schmidt-Düffelboer referierte zwecks Gründung einer Zahlstelle. Es liesen sich dann auch 28 Kollegen aufnehmen, so daß man glauben annehmen zu können, die Witterer Kollegen machten wirklich Ernst, um den Kampf für eine bessere Existenz aufzunehmen. Wie wenig Interesse aber viele Kollegen unserer Sache entgegen bringen, zeigt so recht deutlich die geringe Beteiligung. Wir sind mit denen der Fabrik ungefähr 150 Kollegen am Ort, von denen nicht einmal der vierte Teil organisiert ist. Die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Kollegen ist beispiellos, in den letzten Versammlungen waren höchstens acht bis zehn Mann anwesend und das fin immer die gleichen. Die andern, die vor der Gründung den Mund so voll nahmen, fehlen jetzt gänzlich. Daß die Firma Sinnhoff hier kein Echoraum ist, gibt jeder zu, zwar entspricht die Klammlichkeit und Sauberkeit ganz der Neuzeit, aber der Lohn läßt noch viel zu wünschen übrig, was zumal hier in Kohlenrevier bitter empfunden wird. In den kleinen Werkstätten und Schmelzwerkstätten ist wieder die schlechte Behandlung und lange Arbeitszeiten an der Tagesordnung. Wir richten hiermit die Bitte an die Kollegen, die Vereinsabende besser zu besuchen und mehr wie es bisher gechehen, für unsern Verein zu agitieren.

An die Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher.

Wir sind mit Berichten für und gegen die Beschläffe der Generalversammlung förmlich überhäuffert, daß wir damit wochenlang ganze Nummern füllen können. Statt daß jeder Berichterstatter sich um bemühte, in ein paar knappen Zeilen die Ansicht der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen, bemüht sich die Mehrzahl, diese Berichte recht lang und weitwichtig zu schreiben und dann das Ersuchen an uns zu richten, ja nichts davon zu schreiben.

Wir meinen, diese Diskussion schließen zu können, ohne Schaden und Nachteil für den Verein und die Mitglieder. Ueberwiegend erklärt sich die Mehrheit der Berichte um Ausdruck zu bringen, bemüht sich die Mehrzahl, diese Berichte recht lang und weitwichtig zu schreiben und dann das Ersuchen an uns zu richten, ja nichts davon zu schreiben.

Wir meinen, diese Diskussion schließen zu können, ohne Schaden und Nachteil für den Verein und die Mitglieder. Ueberwiegend erklärt sich die Mehrheit der Berichte um Ausdruck zu bringen, bemüht sich die Mehrzahl, diese Berichte recht lang und weitwichtig zu schreiben und dann das Ersuchen an uns zu richten, ja nichts davon zu schreiben.

Die Wirkungen der Beschläffe der General-Versammlung lassen sich ja doch erst im Laufe der nächsten zwei Jahre erkennen. Wirken wir entschieden und energisch für die Ausbreitung und innere Ausgestaltung unseerer Organisation, so leisten wir hiermit der Kollegenchaft den besten Dienst.

Die Redaktion.

Berichtigung.

Im Protokoll der Magdeburger Generalversammlung sind einige recht unliebbare Fehler enthalten. Auf S. 21 muß es unter Dauer der Streiks zusammen 129 anstatt 68 Wochen und auf Seite 24 muß es in der Abänderung des Antrages Regel 40 bzw. 24 M. anstatt 50 bzw. 30 M. heißen.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

Osnabrück. Verloren wurde das Mitgliedsbuch Nr. 15849, Karl Hehrlich, geb. am 18. März 1877 in Köln, eingetr. am 3. April 1900 in Osnabrück.
Schw.-Gmünd. 1. Ved. Hubert Steinbeißel, Blumenstraße 19 1/2, 2. Ved. Joz. Brenner, Franziskanergasse 15. 3. Ved. Wilhelm Rabay, Hiesingergasse 12. Mitgliedern: Michael Riemer und Georg Siegfried. Verzeichnisse: 1. „Gasthaus zur Kanne“.
Sommerfeld. 1. Ved. Hugo Kresschner, Sommerfeld 175. Vereinslokal im „Waldhofschen“ Vereinsamtungen finden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats statt. Die Kollegen werden hiermit ersucht, in den Versammlungen vollständig und pünktlich zu erscheinen.
Stettin. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Große Ritterstraße 7, Restaurant von Georg Boigt. Wir bitten alle zureichenden

Kollegen, sich in erster Linie dorthin zu wenden, um auch näher über die Situation am Orte unterrichtet zu werden.
Witten a. N. 1. Bev. Lehmann, Zofannesstraße 20. 2. Bev. Hildebrandt, Königsstr. 12. Weiterer Jahrl die Kreisunterstützung mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr aus.

Bekanntmachung.

Da die Geschäftsstelle für den Verein seit 1. Juni gegründet ist, so eruchen wir die Mitglieder, die von der Verwaltung zur Erledigung der Geschäfte und Auskünfte festgesetzte Zeit einzuhalten. Dieselbe ist in folgender Weise festgesetzt: Vormittags von 8^{1/2} bis 11^{1/2} Uhr und nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Sonntags nur Auszahlung von Kreisunterstützung von 12 bis 1 Uhr.
 Auskunft wird erteilt in Bezug auf Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, sowie der Reichs-Gemeinderordnung. Ebenso sind alle vorkommenden Differenzen und Borkommnisse in den Betrieben sofort in der Geschäftsstelle bei M. Weise, Probenstraße 23 zu melden.
 Mit der oben festgesetzten Zeit glauben wir allen Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit gegeben zu haben, ohne Verlust von Arbeitszeit sich Auskunft zu holen.
 Weissenfels, den 20. Juni 1900.
 Im Auftrage der Ortsverwaltung.
 M. Weise.

Schuhmacher-Fachverein Basel.

Wir machen die Kollegen hiermit auf unsern Arbeitsnachweis aufmerksam. Derselbe befindet sich im „Gasthaus zur Blume“, Schwamengasse 4.
 Nachdem unsere Lohnbewegung ziemlich zu unsern Gunsten ausgefallen ist und der Arbeitsnachweis von den Meistern anerkannt wurde, liegt es im Interesse eines jeden Kollegen, welcher seine Fußstich nach Basel nimmt, denselben in erster Linie zu benutzen, um das Ertragnisse aufrecht zu erhalten.
 Mit kollegialem Gruß zeichnet namens des Schuhmacher-Fachvereins
 M. B. Marx im Öller.

Das Berliner Gewerkschaftshaus,

Engel-Allee 15,
 bietet auch solchen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern, die nicht als Handwerkerbetriebe reisen, Gelegenheit zu übernachten. Es sind eine Anzahl Zimmer zu je zwei Betten vorhanden, die mit ihrer Einrichtung den billigen Hotelzimmern nicht nachstehen und dabei nur 75 Pf. pro Bett kosten. Wir machen unsere Leser, die in Familienangelegenheiten, oder zu ihrem Vergnügen, oder als Delegierte, oder als Agenten nach Berlin reisen, ganz besonders hierauf aufmerksam.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. S. Nr. 91 Hamburg.)
 In der Sitzung des Vorstandes am 20. Juni 1900 sind die folgenden Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 5 a l a

des Statuts aus der Kasse ausgeschossen worden: N. Schwarzl 20190, S. Rahmann 20195, R. Blögg 7051, S. Knapp 3863, E. Dölle 15485, F. Brandt 19610, G. Gerst 19837, G. Gerst 15116, S. Winder 17763, S. Sorger 4647, B. Deje 17801, S. Kaiser 9430, G. Meier 16373, H. Seyner 3295, F. Bigger 30684, O. Franke 18518, M. Albrecht 19069.
 Hamburg, den 23. Juni 1900.

Z. Raffke, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 2. bis 23. Juni: Königsberg 50,—, Großsch 100,—, Membruden 25,—, Opreuß 100,—, Romawas 100,—, Schw. Gmünd 100,—, Köln 150,—, Cittenen 100,—, Herzogenaurach 60,—, Chemnitz 100,—, Halle 50,—, Magies 100,—, Summa 1035,— Mk.
 Rufschuß erhielten: Mainz 150,—, Reutlingen 100,—, Wünnen 50,—, Hebelingen 50,—, Schmaldalen 100,—, Ebing 70,—, Gillingen 100,—, Böhmig 50,—, Eberhausen 100,—, Griesheim 50,—, Rassel 50,—, Worms 100,—, Ludenburg 50,—, Pfienbach 30,—, Wirta 60,—, Delitzsch 100,—, Eubaungen 50,—, Kempten 100,—, Goppingen 60,—, Hamm 125,—, Kleinlauten 50,—, Reiz 70,—, Summa 1905,— Mk.
 Krankengeld u. s. w. an einzelne Mitglieder: Balzer-Neugersdorf 46,—, Müller-Altendorf 29,75, Wändl-M. Glöblich 9,—, Eiler-Altona 3,50, Deje-Gelberich 6,—, Orady-Nordhausen 37,65, Dreißler Chemnitz 23,10, Steger-Altona 7,—, Geertke-Fischer 14,—, Sieblang-Altona 7,—, Busch-Spyonau 36,—, Widmann-Verden 130,78, Reichel-Luzen 22,50, Bornemann-Danterode 81,50, Kope-Kolberg 34,20, Wald-Mühlhausen 34,20, Kle-Schreiersgrün 45,—, Summa 557,18 Mk.

An die Ortsverwaltungen!

Die Abrechnungsformulare für das zweite Quartal, sowie die Wahlprotokolle für die Ortsverwaltungen sind versandt. Sollte aber daselbe an einzelnen Orten nicht angekommen sein, so ersuche ich, darum zu schreiben. Im weiteren ersuche ich, die Abrechnung des zweiten Quartals rechtzeitig einzuweisen, auch das fehlende Material rechtzeitig zu bestellen, ungenau nur auf den vom Vorstand oben genannten Materialarten. Sind solche nicht mehr am Orte, so bestelle man dieselben.
 Hamburg, den 23. Juni 1900.
 S. Ebel, Hauptkassierer, B.-N., Schönstr. 12.

Bezirksversammlung des 19. Wahlkreises im „Gasthaus zur Krone“ in Bieber.

Vertreten waren die Filialen Bieber, Dietesheim, Hausen, Neusenhamm, Mühlheim, Oberhausen. Die Filialen Bürgel, Wämmerspiel und Membruden hatten keine Vertreter gesandt.
 Beschlossen wurde: 1. Bei der Stichwahl soll es den Mitgliedern überlassen bleiben Kollegen in Mühlheim oder Hausen in Dietesheim als Delegierten zu wählen. 2. Zu § 1 den Namen dahin zu ändern, das die Worte „und verwandte Berufsgenossen“ zu streichen sind und dafür die Worte „und anderer gewerblicher Arbeiter“ zu setzen und zu § 3 Abs. 5 einzufügen: „jedem neu eintretende Mitglied hat ein ärztliches Gesundheitsattest vorzulegen“. 3. § 12 Abs. 2. Der Erkrankungsstag soll, wenn sich der Kranke bis vormittags 12 Uhr beim Bevollmächtigten

gemeldet und ärztliches Attest beigebracht hat, mitgezählt werden. 4. § 13 Abs. 1. Das Krankengeld soll 26 Wochen voll und auf 13 Wochen zur Hälfte ausgeschlagen werden. Ferner soll dem Mitglieder nach Verlauf von weiteren 26 Wochen, ab daselbe einen Gesundheitschein beibringen konnte oder nicht, wieder Unterstutzung gemährt werden. 5. Mühlheim wurde zum händigen Vorort gewählt, von wo auch die Einladungen zu Versammlungen des 19. Wahlkreises zu erfolgen haben.

Duisburg. Am 27. Mai hielt die hiesige Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefälle eine gut besuchte General-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Antrag zur Generalversammlung in Leipzig und Delegiertenwahl. Nachdem die Anträge des Vorstandes debattiert und für annähernd befunden waren, wurden seitens der Zahlstelle folgende Anträge gestellt: § 9 Abs. 1. Das Beitragsgeld beträgt incl. Mitgliedsbuch unter 30 Jahren 1 Mk., über 30 Jahren 3 Mk. Gehe nehmen und die Orts-Krankenkassen die jungen Kollegen weg, erst bei zunehmendem Alter fühlen sich viele veranlaßt, der freien Hilfskasse beizutreten. § 12 Abs. 2 die Worte „von einschließlich dem ersten Tage nach der Erkrankung zu streichen und dafür zu setzen „gleich“. In der Regel ist man, bevor man sich krank melde, schon ein paar Tage krank und es ist daher nur billig, gleich den ersten Tag mit zu berechnen. § 20. Das Sterbegeld in der 1. und 2. Klasse auf 60 Mk., in der 3., 4. und 5. Klasse auf 90 Mk. festzusetzen. Da mit dem Sterbegeld durchaus nicht auszukommen ist, in der 1. und 2. Klasse auch selten zu zahlen ist, glauben wir mit unserm Antrag diesem in etwas abzuhelfen. Zu § 20 folgenden Absatz einzufügen: „Die Mitglieder der Verwaltungsgestellten sind verpflichtet, ihren verstorbenen Kollegen das letzte Geleit zu geben, widrigenfalls 2 Mk. Strafe zu zahlen sind.“ Bei Stellung dieses Antrages haben wir weniger die finanzielle, als die moralische Seite in Betracht gezogen. Wir wissen, das unsere Anträge die Kasse um ein Mehr belasten, glauben aber, dies Mehr durch Erhöhung des Beitragsgeldes sowie der Strafe bei Nichtbeteiligung am Vordemgenueg jemlich, wenn nicht ganz, zu heben, eventl. könnten die Prozente für Sozialkassen herabgesetzt werden. Beim Punkt Delegiertenwahl wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung erachtet die Art und Weise, wie die verschiedenen Kandidaten zur Generalversammlung präferiert worden sind, einer freien Hilfskasse für unzulässig; sie verlangt die Anstalten der Kandidaten zu hören, wie bei jeder anderen Wahl, sie lehnt es entschieden ab, sich als Stimmbild gebrauchen zu lassen und beschließt daher Stimmeneinhaltung.“
Hamburg. Da einmal die Öffentlichkeit in Anspruch genommen worden ist, so sehe auch ich mich genötigt, den Raum des „Fachblatt“ zu benutzen, um hiermit zu erklären, das uns weder eine Karte, noch sonst eine Beeinträchtigung von irgend einer Seite zugegangen ist, sondern wir haben nach eigener Überzeugung unsere Stimme abgegeben, was doch wohl unter gutes Recht ist. Der Zahlstelle E. Georg aber möchte ich raten, für die Zukunft sich an Gewerkschafter zu halten, die ihre Behauptungen auch aufrecht erhalten können und nicht Personen in gräßlicher Weise verächtlichen. Diese Fellen werden wohl genügen, um zu zeigen, das die Angaben, die gegen mich erhoben worden sind, in keiner Weise zutreffen. Die Stichwahl wird so sein, für welchen Kandidaten die meisten Sympathien vorhanden sind.
 J. J. Marrens.

Anzeigen.

Neue Kunstblätter. Marx und Engels,

die beiden Vorkämpfer des Proletariats, sind in grossartiger Ausführung, Kupferradierung, für 5,50 Mk. zu beziehen.
 Jedes Partei- und Verkehrslokal, jede Privatwohnung sollte mit diesem Zimmerschmuck versehen sein.
 Bestellungen nimmt gern entgegen die Expedition des „Fachblatt“
 Versandt nur gegen bar.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist soeben erschienen und durch unsere Expedition zu beziehen:

Führer durch das Invalidenversicherung-Gesetz.

Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis u. alphabetischem Sachregister Preis 25 Pf. — Porto 5 Pf.
 Das Büchlein ist 4 Bogen stark, enthält ein ausführliches Sachregister für alle denkbaren Nachschlagefälle und behandelt den Inhalt des Gesetzes in fünf Hauptfragen: I. Wer ist versichert? II. Wo ist man versichert? III. Wie erreicht man den Versicherungsanspruch? IV. Worin besteht der durch die Versicherung erzwungene Anspruch? V. Wie wird der Versicherungsanspruch geltend gemacht?

Es handelt sich hier um einen Gegenstand, mit dem sich die Arbeiter immer mehr vertraut machen müssen, wenn sie sich vor Schäden bewahren wollen; das Gesetz ist so umfangreich, das die Arbeiter es nur in solcher Zusammenfassung lesen und verstehen und damit also ihre Rechte und Pflichten kennen lernen.
 Bei Verteilung durch Gewerkschaften und Vereine an ihre Mitglieder der gewährt der Verlag besondere Preisermäßigung.

Von der hohen Staatsregierung wurden wiederholt ältere und jüngere Kollegen der

Hannoverschen Schuhmacher-Lehranstalt

überwiesen zwecks weiterer Ausbildung nach dem von dieser Anstalt eingeführten Lehrplan.
 Prospekt und Eintrittsbedingungen versendet kostenlos
Aug. Köster,
 Schuhmachermeister und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Hannover, Eintragsstr. 6.

Schuhmachergehilfe,

auch verheiratet, findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei
 Fridolin Friedrich, Saalfeld a. d. Saale.
 Redaktion, Druck- und Verlag von H. Bock in Göttingen.

Jedem Kollegen, insbesondere Bibliothekaren bestens empfohlen:

- Ein Blick in die neue Welt.**
 Von W. A. Klein. Preis: Elegant gebunden Mk. 8,—
- More Thomas und seine Utopie.**
 Von Kautsky. Preis: Elegant gebunden Mk. 2,50.
- Charles Fourier.**
 Von A. Sebel. Preis: Elegant gebunden Mk. 2,50.
- Geschichte der neuesten Zeit.**
 Von C. Feiler-Wittich. Preis: Elegant gebunden Mk. 2,50.
- Wurm Volksverdrängung.**
 Preis: Elegant gebunden Mk. 2,50.
- Die ländliche Arbeiterfrage.**
 Preis: Elegant gebunden Mk. 2,50.
- Die Tierwelt.**
 Eine illustrierte Naturgeschichte der jetzt lebenden Tiere mit über 600 Abbildungen und 12 Farbtafeln.
 Von H. W. G. Mehl. Preis geb. in Prachtband Mk. 7,10.
 Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Mein Modellwinkel wird von vielen Fachleuten als das praktischste Hilfsmittel empfohlen. Preis mit noch neuen Hilfsbogen und Subjunktoren sowie Lehrbuch zum Selbstunterricht 6,— Mk. Die von mir empfohlenen Normalschablonen sind jetzt durch mich zu beziehen.
C. Bandt, Frankfurt a. M.-Sachsenhausen, Sieglstr. 53.

Die Lage der dtschn. Schuhmachergehilfen und deren

Aufgaben für die nächste Zukunft
 Preis 25 Pf. Bei Abnahme von 10 Exemplaren à Stück 20 Pf.
Zur Agitation unentbehrlich.
 Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Unsern Kollegen W. Otting und unsern Kassierer W. Friede zum Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch.
 Ob sie ist wohl was marken läßt.
 Die Kollegen der Zahlstelle Gelle.

Öffentliche Schuhmacher-Versammlung in Erfurt

Montag, den 2. Juli 1900, abends 8^{1/2} Uhr im „Gasthaus zum Götthardt“, Götthardtstr. 46,
 in Iversgehofen

Sonabend, den 30. Juni, abends 8^{1/2} Uhr im „Alten Frey“.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 „Die Einführung der Tarifgemeinschaft im Schuhmachergewerbe u. die Stellung des Vereins deutscher Schuh- u. Schäftefabrikanten hierzu.“
 Referent: Kollege R. Kiese weiter.
 Nicht aller Kollegen ist es in diesen Versammlungen zu erscheinen.
 Der Einberufer.

Verein deutscher Schuhmacher Zahlstelle Erfurt.

Alle Reklamen werden erucht, am Schluß des zweiten Quartals ihre Beiträge zu entrichten.

Allen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, das unser XVI. Stiftungs-Fest

Sonntag, den 8. Juli 1900, von nachmittags 3 Uhr ab auf „Blauer Festenkeller“ stattfindet.

Fest-Programm:
 Von nachmittags 3 Uhr großes Konzert mit Ball, Preisregeln, Blumenverlosung und Kinderbelustigung. Bei Eintritt der Dunkelheit Kinder-Festgelg.
 Hierzu ladet ergebenst ein Die Ortsverwaltung.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin ist soeben erschienen und durch unsere Expedition zu beziehen:

Weitkrand und Weltpolitik.

Eine weltpolitische Studie von Franz Mehring. Preis 25 Pf. — Porto 5 Pf.

Wir empfehlen diese Broschüre bestens; sie liefert den Arbeitern das zur Beurteilung der heutigen Frage der Weltpolitik des Reiches und der Flottenverlage erforderliche historische Tatsachenmaterial durch die klare, gemeinverständliche Darlegung der historischen und sozialpolitischen Zusammenhänge früherer Weltmachts-Räusche, und legt klar, warum der heutige fränche Kapitalismus nur noch ein Mittel zur Verlängerung seiner Herrschaft sieht: Krieg und Schussbille und welche Stellung dem gegenüber die Arbeiter zu nehmen haben.